



Beschlussvorlage

BV0130/2009

Für die öffentliche Sitzung

Beratungsfolge	Abstimmungsergebnis	Datum
Stadtverordnetenversammlung		23.09.2009

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

**Betreff: Beschluss zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Hennigsdorf
BV0154/2001**

Beschlussvorschlag:

Die SVV möge beschließen:

§4

Personen, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (Hartz IV, Aufstocker, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) erhalten, werden vom in der Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Hennigsdorf Gebührentarif befreit.

Begründung:

Erfolgt in der SVV.

Hennigsdorf, 10.09.2009

gez. U. Degner

Vorsitzende
der Fraktion DIE LINKE